Unterrichtung

Hannover, den 18.04.2023

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages
- Landtagsverwaltung -

Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2020

Rechtsmedizinische Institute: Synergiepotenziale seit Jahren ungenutzt

Beschluss des Landtages vom 22.09.2022 - Drs. 18/11763 Nr. 26 - nachfolgend abgedruckt:

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen schließt sich der Auffassung des Landesrechnungshofs an, dass eine Zusammenführung der Rechtsmedizinischen Institute an der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universitätsmedizin Göttingen zur Rechtsmedizin Niedersachsen abermals intensiv zu prüfen ist. Er begrüßt, dass die Landesregierung zwischenzeitlich begonnen hat, die Möglichkeiten einer Leistungsbündelung zu eruieren.

Über den Stand der Zusammenführung ist dem Landtag bis zum 31.03.2023 zu berichten.

Antwort der Landesregierung vom 13.04.2023

In gemeinsamen Gesprächen haben das Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) und die beiden Universitätskliniken (UK) zunächst grundlegende Prämissen definiert, die bei einer möglichen (Teil)Zusammenführung von Leistungen der Rechtsmedizinen gegeben sein müssen:

1. Beide Rechtsmedizinen bleiben bestehen, soweit sie für die Lehre zwingend benötigt werden und für die staatlichen Aufgaben von Justiz und Polizei erforderlich sind. Das trifft auf die Forensische Medizin mit den Aufgaben von insbesondere Durchführung von gerichtlichen Obduktionen und körperlichen Untersuchungen sowie Fertigung von gerichtlichen Gutachten nebst Wahrnehmung von Gerichtsterminen einschließlich zugehöriger Dienstleistungen zu.
2. Diese Leistungen müssen an beiden Standorten auskömmlich durch Erlöse oder sonstige Einnahmen finanziert sein.
3. Gegenstand einer Zusammenführung können in der Folge nur die labormedizinischen Leistungen sein, wie insbesondere Blut- und Gewebeprobe zum Nachweis von Alkohol, Drogen, Medikamenten oder sonstigen toxischen Stoffen.

Auch diese Leistungen müssen durch Erlöse oder sonstige Einnahmen auskömmlich finanziert sein.

4. Im Falle einer Zusammenlegung von labormedizinischen Leistungen ist eine weitere Prämisse stets, dass eine solche Konzentration nur zustande kommen kann, wenn spürbare Einsparungen bzw. Kostenoptimierungen generiert werden können.

Dabei darf kein Standort schlechter gestellt werden als zuvor.

Der Sachstand bezüglich Prämissen unter 1 bis 3 stellt sich zusammengefasst wie folgt dar:

Zu 1:

Die Leistungen in der forensischen Rechtsmedizin werden nach den festen Sätzen aus dem Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz - JVEG abgerechnet, welche derzeit eine Kostendeckung nicht ermöglichen. Die Unterdeckung wurde durch die Veranschlagung eines Sockelbetrags ab dem Haushalt 2017, welcher für die MHH eine Million Euro und für die UMG 216 000 Euro beträgt, zwar zunächst ausgeglichen. Dieser Sockel wurde allerdings bis heute nicht erhöht, sodass derzeit keine Aussage darüber gemacht werden kann, ob er aktuell noch ausreichend ist.

Der Landesrechnungshof hat dies zu Recht kritisiert und angemahnt, eine Quersubventionierung aus Mitteln für Forschung und Lehre zu verhindern.

Weiteres Vorgehen:

MWK und beide UK haben vereinbart, dass die Kliniken künftig jährlich - erstmalig für das Jahr 2023 - den konkreten Kostendeckungsgrad in der forensischen Rechtsmedizin gegenüber dem MWK darstellen. Hierzu werden die Kosten und Erlöse in aggregierter Form dargestellt. Das MWK wird sodann im Rahmen der Haushaltsverhandlungen regelmäßig die Auskömmlichkeit der Sockelbeträge für beide Standorte verfolgen.

Zu 2:

Eine etwaige Zusammenführung der medizinischen Laborleistungen setzt zunächst voraus, dass auch diese Leistungen auskömmlich finanziert sind. Denn eine unterfinanzierte Leistung wird keiner der beiden Standorte übernehmen können.

Die Untersuchungen beider Standorte haben eine Kostenunterdeckung ergeben.

Die Preise für die Laboranalysen müssten nach aktuellen Berechnungen bei der MHH um 20,1 % und bei der UMG um 18,1 % angehoben werden, um Vollkostendeckung im Laborbereich herzustellen. Eine Anhebung der Preise wäre nach dem JVEG grundsätzlich möglich, da bei Laborleistungen eine Rahmengebühr vorgesehen ist, die eine Abrechnung nach Aufwand ermöglicht.

Weiteres Vorgehen:

MWK wird die Möglichkeit des Abschlusses einer Rahmenvereinbarung über eine kostendeckende Abrechnung der Laborleistungen mit dem Innenministerium (MI) und dem Justizministerium (MJ) klären.

In diesem Zusammenhang ist es ebenso wichtig, feste Zusagen zur Höhe des Probenaufkommens durch das MI und MJ zu erhalten. Denn nur so ist eine Planungssicherheit gewährleistet und die Möglichkeit gegeben, durch eine höhere Probenzahl die fixen Stückkosten zu senken. Eine geringere Probenzahl führt hingegen stets zu einer Erhöhung der Stückkosten und begünstigt eine defizitäre Entwicklung.

Vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus des Landeskriminalamtes in Hannover, welches auch ein Kriminaltechnisches Institut (KTI) mit entsprechenden Laborkapazitäten beinhalten wird, steht MWK bezüglich der Vereinbarung fester Probenkontingente mit dem MI in Kontakt. Die Gespräche werden fortgesetzt.

Zu 3:

Eine Konzentration der Laborleistungen käme in der MHH als dem größeren Standort in Betracht.

In diesem Fall wäre nach bisheriger Einschätzung ein moderater Personalaufbau sowie eine Modernisierung der Laborarbeitsplätze durch zusätzliche Investitionen in neue Geräte notwendig, um das größere Probenaufkommen zu bewältigen.

Bei der UMG müsste ein gleichzeitiger und vollständiger Leistungsabbau von Personal- und Sachkosten erfolgen. Die Kosten für nicht sofort abbaubare Vorhaltungen, insbesondere Personalkosten für nicht anderweitig einsetzbare Mitarbeiter müssten durch das Land erstattet werden.

Bei einer Konzentration der Laborleistungen an der MHH müsste weiterhin ggf. ein Transportprozess für forensische Proben zwischen der MHH und UMG etabliert werden.

Der UMG würden neue Kosten entstehen, durch den „Einkauf“ der rechtsmedizinischen Laborleistungen von der MHH.

Weiteres Vorgehen:

Die Prüfung, ob die vom LRH dargestellten Einsparungen bzw. Kostenoptimierungen generiert werden können, wird fortgesetzt.

(Verteilt am 18.04.2023)